Dez. 2 Finanzen, Beteiligungen und Theater

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 1958/25

Titel der Drucksache

Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 1901/25 - Bürgerbefragung zur Zukunft der Thüringenhalle

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben?	Ja.
Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung?	Ja.
Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor?	Nein.

Stellungnahme

Vorangestellt wird auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung zur DS 1901/25 verwiesen.

Zu den einzelnen BP:

01

Die Stadtverwaltung Erfurt ermittelt, welche Bedarfe insbesondere nach der Außerbetriebnahme der Thüringenhalle nach Hallenkapazitäten für die Hallensportvereine mit hohem Zuschaueraufkommen und für größere Kulturveranstaltungen notwendig sind.

02

Diese Bedarfsfeststellung ist dem zuständigen Fachausschuss im Laufe des 4. Quartals 2025 vorzustellen.

Ein zusätzlicher Bedarf für Hallensportvereine mit hohem Zuschaueraufkommen (>1.000 Zuschauer) ist nach Einschätzung des ESB nicht vorhanden. Seit Eröffnung der Riethsporthalle war diese lediglich 1 Mal ausverkauft. Jedoch ist ein Bedarf von mindestens 2 Turnhallen mit einer mittleren Zuschauerkapazität von 200- 800 Zuschauern gegeben.

Der Bedarf an großen Kulturveranstaltungen lässt sich nicht ermitteln. Eine Aussage zu den entfallenen Großveranstaltungen ist möglich, jedoch seit der Flüchtlingskrise wenig repräsentativ, da immer wieder von äußeren Einflüssen beeinträchtigt. Eine Nachlieferung der entfallenen Großveranstaltungen kann realisiert werden.

03

Auf Grundlage der Bedarfe, wird die Stadtverwaltung beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für den Neubau einer Halle zu erstellen, welche diese abdeckt. Dabei ermittelt die Stadtverwaltung, welche Standorte in Frage kommen und welche Kosten entstehen. Dazu erstellt sie einen Zeitplan, nach welchen Schritten der Bau einer solchen Halle realisiert werden kann.

Derzeit sind keinerlei finanzielle Mittel für die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie im Haushalt des ESB vorhanden. Auch im Wirtschaftsplan für den kommenden Haushalt sind dafür keine Mittel vorgesehen. Es ist davon auszugehen, dass eine solche Studie mit vorsichtig geschätzten **100.000 EUR bis 150.000 EUR** zu veranschlagen ist.

Unter der Voraussetzung, dass für eine solche Halle die Gesamtfinanzierung gesichert ist und grundsätzlich erst einmal Planungsrecht geschaffen werden muss, ist mit einer Planung vor 2027 nicht zu rechnen.

Aktuell diskutiert die Verwaltung das Ziel, mittels einer öffentlichen Interessenbekundung Möglichkeiten eines privaten Weiterbetriebes der Thüringenhalle zu eruieren. Diese Ergebnisse sollten zunächst abgewartet werden.

04

Die Stadtverwaltung prüft im Rahmen der Machbarkeitsstudie verschiedene Finanzierungsmodelle inkl. Nutzung von Förderprogrammen zur Realisierung des Vorhabens. Gleichzeitig wird der Oberbürgermeister beauftragt, Gespräche mit dem Freistaat Thüringen zu führen und mögliche Synergieeffekte zu nutzen bzw. parallele Planungen und Entwicklungen (z.B. Ausbau der Messe Erfurt) zwischen Freistaat und Landeshauptstadt frühzeitig zu erkennen. Mögliche Synergieeffekte liegen im Interesse der Stadtverwaltung und werden geprüft. Fördermöglichkeiten und Finanzierungsmodelle werden im Rahmen einer Haushaltsbeschlussfassung berücksichtigt.

05

Die Machbarkeitsstudie wird bis Ende des 1. Quartals 2026 im zuständigen Ausschuss vorgestellt. Die Zeitschiene ist realistisch nicht umsetzbar. Die Vorlage einer Machbarkeitsstudie ist vor dem 4. Quartal 2026 nicht möglich (vorausgesetzt die Finanzierung ist gesichert). Allein für die Ausarbeitung einer Aufgabenstellung einschl. Ausschreibung und Vergabe ist mit einer Zeitschiene bis zum 1. Quartal 2026 zu rechnen.

06

Zur Zukunft der Thüringenhalle wird anschließend eine angemessene Beteiligung der Erfurterinnen und Erfurter durchgeführt. Über das konkrete Format entscheidet auf Vorschlag der Stadtverwaltung der Stadtrat.

Hier wird auf die Stellungnahme zur DS 1901/25 verwiesen. Eine Bürgerbeteiligung sollte sinnvoller Weise erst erfolgen, wenn die Ergebnisse aus BP 03 neu vorliegen und Mittel für eine Machbarkeitsstudie zur Verfügung stehen.

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Gegen die BP 01 und 02 bestehen keine Bedenken.

Die BP 03-06 sollten zurückgestellt werden, bis das Interessenbekundungsverfahren abgeschlossen ist.

BP 03 neu:

Die Verwaltung wird beauftragt mittels einer öffentlichen Interessenbekundung Möglichkeiten eines privaten Weiterbetriebes der Thüringenhalle zu eruieren. Die Ergebnisse sind dem zuständigen Werkausschuss im ersten Quartal 2026 vorzulegen.

Anlagenverzeichnis

gez. Linnert

Unterschrift Beigeordneter

27.08.2025

Datum